



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Pettizelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: J. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 47

Charlottenburg, den 18. November 1904

31. Jahrg.

Kollegen und Kolleginnen! Wer den Frieden will, rüste für den Krieg! Denkt an den Streikfonds; entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Vollsperrre** besteht über Blechhammer (Bernhard Löhner). Gifhorn. Köppelsdorf Hering u. Weithase). Schlierbach, Lettau (Sonntag u. Söhne). Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik). Wittenberg Steingutfabrik, für Tellerdreher.

Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Firma Rednagel), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. D. (Baetsch), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Edert u. Menz), Ramenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deulau, Passau, Roschitz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Sperren in Oesterreich.

Stemgutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Dittmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — Brünn für Maler gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Porzellanfabrik Nessler u. Co. in Briesen bei Bilin.

Die deutschen Arbeitersekretariate.

Das Correspondenzblatt d. D. G. enthielt jüngst den Jahresbericht 1903 über die Tätigkeit der deutschen Arbeitersekretariate, dem wir nachstehend entnehmen:

Die Verwaltung der 37 zur Zeit bestehenden Arbeitersekretariate in Deutschland erfolgt bei 14 durch die Gewerkschaftskartelle und 23 werden durch eine besondere Kommission verwaltet. In dem gelsenkirchener Sekretariat ist dem Bergarbeiterverband ein besonderer Sitz in der Verwaltung eingeräumt, und in Jena, wo das Sekretariat vom Verlag des

Jenaer Volksblatt unterhalten wird, sind dem Kartell die Funktionen einer Kontrollkommission übertragen. Das nürnbergere Sekretariat steht nicht, wie in den letzten Jahren berichtet worden, außerhalb aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Es wird zwar nicht vom Kartell direkt unterhalten, sondern die einzelnen Gewerkschaften, und zwar sämtliche in Nürnberg, zahlen an das Arbeitersekretariat, das eine eigene Kassenverwaltung besitzt, pro Mitglied und Woche 2 Pfennige. Das Kartell hat aber das Mitbestimmungsrecht über die Anstellung der Sekretäre und etwa notwendiger Hilfsarbeiter, wenn solche fest angestellt werden. In den Sitzungen des Gewerkschaftskartells werden auch die Kassenberichte, sowie der Tätigkeitsbericht des Arbeitersekretariats bekannt gegeben und die Vorschläge zur Besetzung der Aufsichtsstellen gemacht.

Die finanzielle Grundlage der meisten Arbeitersekretariate wird durch Erheben fester Beiträge gesichert. Diese Beiträge in verschiedener Höhe, von 10 Pf. bis 144 Pf. pro Mitglied und Jahr werden in der Regel von allen beteiligten Gewerkschaften gleichmäßig erhoben. Außer den von den beteiligten Gewerkschaften gezahlten festen Beiträgen erhalten noch bestimmte Zuwendungen aus Arbeiterunternehmungen die Sekretariate in Altenburg, Bremen, Cöln a. Rh., Frankfurt am Main, Gera, Kronach, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Waldenburg und Würzburg. Ferner erhält aus Staatsmitteln das gothaer Sekretariat einen jährlichen Zuschuß von 2000 M. Drei weitere Sekretariate (Herslohn, Rattowitz und Posen) erhielten Zuwendungen von der Generalkommission. 21 von den 37 Arbeitersekretariaten sind also darauf angewiesen, aus eigener Kraft ihre Existenzmittel zu beschaffen. Durch Erheben von Gebühren für Auskunfterteilung und Anfertigung von Schriftsätzen verschaffen sich nur wenige Sekretariate eine geringe Einnahme. Von organisierten Aus-

kunftsuchenden erheben nur zwei Sekretariate (Cassel und Stuttgart) und von Unorganisierten neun Sekretariate Gebühren, doch gelten auch diese nicht als ein Entgelt für die gebotene Arbeitsleistung, sondern nur als Ersatz der entstehenden Auslagen.

Die Aufgaben, welche sich die Sekretariate gestellt haben, sind in der Hauptsache die Auskunfterteilung, die Anfertigung von Schriftsätzen zur Erlangung des Rechtes der Rechtsuchenden, die Vertretung der Rechtsuchenden vor den richterlichen Instanzen und die Vermittelung von Beschwerden in Arbeiterschutz-Angelegenheiten an die Gewerbeaufsicht. Die Auskunfterteilung und die Anfertigung der erforderlichen Schriftsätze wird von allen 37 Sekretariaten besorgt. Die Vertretung der Rechtsuchenden vor den Gewerbegerichten und den Instanzen der Arbeiterversicherung übernehmen nur 20 Sekretariate. Die Vermittelung von Beschwerden besorgen alle Sekretariate mit Ausnahme der beiden in Jena und Waldenburg i. Schl. 25 Sekretariate haben ihre Tätigkeit auch auf die Pflege der Statistik ausgedehnt. Die Vertretung ihrer Klienten vor den Gerichten u. s. w. haben 17 Sekretariate prinzipiell ausgeschlossen, darunter auch die Sekretariate in Dortmund, Gotha, Hamburg, Harburg, und Rattowitz. Dennoch haben diese letzteren einige solcher Vertretungen zu verzeichnen. Es kommen Fälle vor, wo die Arbeitersekretäre die nachgesuchte Vertretung gar nicht von der Hand weisen können. Eine Vertretung würde viel häufiger vorkommen, wenn nicht bedauerlicherweise verschiedene Gewerbegerichte die Arbeitersekretäre als Vertreter zurückweisen würden, wie dies in Altona, Bochum und Kiel der Fall ist.

Im allgemeinen ist die Auskunfterteilung und die Rechtshilfe der Arbeitersekretariate vollkommen unentgeltlich. Von den 37 Sekretariaten erteilen Auskunft 27 an jedermann, während 10 nur Organisierten oder solchen Personen, welche organisationsunfähig sind

(Witwen, Invaliden, Lehrlingen) Auskunft erteilen. Für Auskunfterteilung wird von 6, für Anfertigung von Schriftsätzen von 8, für Rechtsvertretung von 3 Sekretariaten eine Gebühr erhoben, und zwar haben Gebühren fast ausnahmslos unorganisierte Auskunftsuchende zu zahlen, während den Organisierten die Rechtshilfe unentgeltlich erteilt wird. Man könnte es als ein Unrecht gegen die Organisierten, welche zur Erhaltung der Sekretariate ihre Beiträge leisten, bezeichnen, wenn den Unorganisierten, die zur Erhaltung der Sekretariate nichts beitragen, unentgeltlich Rechtshilfe gewährt wird. Wenn trotzdem die meisten Sekretariate von Unorganisierten keinerlei Gebühren erheben, so geschieht dies aus agitatorischen Gründen. Bei der Rechtsbelehrung eines Unorganisierten wird der Arbeitersekretär es nie unterlassen, denselben auch auf die Notwendigkeit der Zugehörigkeit aller Arbeiter zu den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen hinzuweisen und es sind sicher schon viele Arbeiter auf diese Weise für die Organisation gewonnen worden.

Im Anschluß hieran möchten wir dann noch folgenden für die Geschichte der Arbeitersekretariate besonders interessanten Artikel aus dem Vorwärts über die Gründung des nürnbergischen Arbeitersekretariats wieder geben:

Dasselbe beging am 1. November das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens. Dieses Jubiläum ist auch für weitere Arbeiterkreise insofern von Bedeutung, als der Gedanke, ein Arbeitersekretariat zu errichten, zuerst in Nürnberg aufgetaucht ist und in Nürnberg auch zuerst realisiert wurde. Dieses Jahrzehnt, in dem das nürnbergische Arbeitersekretariat nunmehr besteht, ist ein inhaltreicher Abschnitt aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, und es mag deshalb nicht unwichtig sein, auf die Entwicklung dieses Instituts, dessen Errichtung bahnbrechend wirkte, einen kurzen Rückblick zu werfen.

Als in Deutschland die Sozialreform einsetzte, machte sich gegenüber der Schwere der Sozialgesetze, daß Mißachten der Arbeiterschutzbestimmungen durch die Unternehmer, der Unkenntnis weiter Arbeiterkreise über Rechte und Pflichten bezüglich der Sozialgesetzgebung und der wenig wohlwollenden Haltung, die die Gemeindebehörden gegen die Arbeiter bei Anwendung der

Sozialgesetze an den Tag legten, das Bedürfnis nach Rechtsschutz und Rechtsbelehrung geltend, das noch verstärkt wurde, als das verwickelteste aller Sozialgesetze, das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz in Kraft trat. Damals wurde der Gedanke, ein Arbeitersekretariat zu errichten, ernstlich erwogen. Eine Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer nahm 1891 einen Antrag des Genossen Konrad Herrmann an, wonach alle Mittel anzuwenden seien, um die Errichtung eines Arbeitersekretariats durchzuführen. Der Beschluß fand bei sämtlichen Gewerkschaften prinzipielle Zustimmung, doch wurde bezweifelt, ob es möglich sei, die Unterhaltungskosten aufzubringen, einen geeigneten Mann als Sekretär zu finden u. dergl., Bedenken, die nicht unberechtigt waren, da die nürnbergischen Gewerkschaften damals insgesamt nur ca. 400 Mitglieder zählten. Die Metallarbeiter verloren aber die Sache nicht aus dem Auge. Inzwischen machte sich das Bedürfnis nach einer Auskunftsstelle immer bringender geltend. Im März 1894 wurde eine Kommission errichtet, die Beschwerden an den Fabrikinspektor entgegenzunehmen und diesem zu übermitteln hatte. Diese Kommission erhielt sofort eine derartige Fülle von Arbeit, daß die Schaffung einer Stelle, die derartige Aufgaben berufsmäßig erledige, sich als unumgänglich notwendig erwies. Am 23. April wurde deshalb eine Versammlung einberufen, die zur Frage der Gründung eines Arbeitersekretariats Stellung nehmen sollte; sie wurde aber polizeilich aufgelöst, weil der Vorsitzende, Genosse Eisinger, sich weigerte, Frauen und Minderjährige auszuweisen. Fünf Tage später tagte unter dem Vorsitz Grillenbergers eine zweite Versammlung, die nach einem Vortrage des Genossen Dertel sich durch Annahme einer Resolution verpflichtete, mit allen Mitteln für die Errichtung eines Arbeitersekretariats einzutreten. Die Ausführung des Beschlusses wurde einer fünfgliedrigen Kommission übertragen. Das Projekt war finanziell gesichert, da 3500 Arbeiter sich verpflichtet hatten, Beiträge zu leisten. An den Stadtmagistrat Nürnberg hatte die Kommission das Ersuchen um Gewährung einer Subvention von jährlich 2500 Mk. gerichtet, der Magistrat hatte sich zwar bereit erklärt, zur Errichtung eines Arbeitsvermittlungsamtes die Hand zu bieten und Beiträge der Arbeiter entgegenzunehmen, aber „nimmermehr wolle er die Einrichtung einer politischen Partei

überlassen“. Bei der Subventionierung des von der freisinnigen Partei gegründeten Volksbildungsvereins wurde dieses Bedenken nicht geltend gemacht.

Die Versammlung beschloß, selbständig vorzugehen, und nahm einstimmig das von der Kommission ausgearbeitete Statut an. Zum Sekretär wurde Genosse Segitz gewählt. Am 1. November 1894 eröffnete das Arbeitersekretariat seine Tätigkeit. Die Kosten werden fast ausschließlich von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern getragen, jedes Gewerkschaftsmitglied zahlt wöchentlich 2 Pfg. Die Auskunfterteilung erfolgte von Anfang an an jedermann, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteistellung etc. Die Notwendigkeit eines solchen Instituts erwies sich schon in den ersten zwei Monaten. Im November 1894 nahmen 390, im Dezember 524 Personen das Sekretariat in Anspruch. Die Frequenz steigerte sich von Jahr zu Jahr, mit Ausnahme des Jahres 1903, in dem eine kleine Minderung der Inanspruchnahme eintrat, die aber im laufenden Jahre wieder ausgeglichen wird. In diesem Jahrzehnt holten sich beim Arbeitersekretariat Nürnberg 136 613 Personen Rat und Hilfe, der schriftliche Verkehr belief sich auf 11 291 Einläufe und 27 401 Ausläufe. Von den Besuchern waren 42 128 gewerkschaftlich organisiert.

Das Sekretariat ist keine bloße Auskunftsstelle, sondern hat sich zum Mittelpunkt der ganzen gewerkschaftlichen Organisation entwickelt. Es leistet bei Lohnbewegungen, Abschluß von Tarifverträgen etc. wertvolle Dienste; es hat eine Arbeitslosenzählung, Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter Nürnbergs veranstaltet, die Haushaltsrechnungen Nürnberger Arbeiter, das Ergebnis einer Enquete, herausgegeben, ebenso Monographien über einzelne Berufe. Für spezielle Gewerbe wurden gleichfalls Erhebungen durchgeführt. Die Hauptaufmerksamkeit ist auf den Arbeiterschutz gerichtet, und dem Sekretariat ist es z. B. hauptsächlich zu verdanken, daß die Bürsten- und Pinselarbeiter besser gegen die Milzbrandgefahr geschützt sind als früher. Gegenwärtig betreibt das Arbeitersekretariat die Agitation für Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse. In die immer mehr anwachsende Arbeit teilen sich zurzeit drei Sekretäre, die Genossen Segitz, Dorn und Schneider.

Feuilleton.

II.

Am andern Morgen Weiterreise. Nachdem der Stajahi-Affu auf Fährboten überschritten worden ist, geht es in einem hübschen Talgrunde in den unberührten Urwald hinein. Himmelanstrebende Bäume der verschiedensten Art, dazwischen Palmen in allen Größen und Arten. Orchideen wachsen wohl bald auf jedem Baume in dem Walde, dazwischen als unterer Bestand Farne, wilde Bananen, Jaguares-Rohr und Schlingpflanzen der verschiedensten Art. Doch wenn der verehrteste Leser denkt, nur gewaltige alte Niesen im Urwalde zu treffen, so irrt er sehr; wenigstens in den von mir durchstreiften Gebieten habe ich verhältnismäßig wenig Bäume von gewaltigen Dimensionen getroffen. Ein 50- bis 100-jähriger Waldbestand in Deutschland kann im Durchschnitt mehr starke Bäume aufweisen als der Urwald in jenen Gebieten. — In zweistündigem Anstiege wurde die Sierra de Mar, ein Gebirgsrücken, welcher den Staat Santa-Catharina von Süden nach Norden durchschneidet,

überschritten und nun begannen die Kolonien der hanseatischen Kolonisations-Gesellschaft. Das Land ist alles Bergland und es findet sich wenig darunter, was später einmal mit dem Pfluge bearbeitet werden kann.

Wieder war der Empfang, den wir bei den ersten Kolonisten hatten: „Sie wollen in die Hansa? kehren sie um, der Anbau der Produkte lohnt nicht, das übrige schleppen die Ameisen fort, den Kindern kann keine Schule gegeben werden“ usw. Alles wurde wieder angehört und weiter ging es zur nächsten Kolonie. Ein sehr freundlicher Mann trat uns entgegen, dem Tonfall nach ein Bayer, und wie im Laufe des Gesprächs herauskam, war es in der Tat ein Augsburger, der uns einlud, bei ihm zu rasten, und eine Erfrischung einzunehmen, was mit großem Danke angenommen wurde, da durch das stundenlange Bergsteigen alle ermüdet und durstig waren. Im Laufe des Gesprächs flocht er ein, daß er als Werkmeister nach Buenos-Aires angenommen sei und seine Kolonie verkaufen wolle; daß war der zweite, der verkaufen wollte!

Nun ging es noch eine Stunde im Abstieg

nach dem Tale und vielfach wiederholte sich das Spiel mit dem Verkauf der Kolonien unter den verschiedensten Vorwänden. Endlich nachmittags langten wir in „Hammonia“, dem vor fünf Jahren gegründeten Stadtplate an. Hier folgte nun eine Ueberraschung der anderen. Dieser Stadtplate besteht sage und schreibe aus acht Gebäuden, doch der Name Gebäude ist um viel zu große Ehre dafür, denn fünf sind bloß Hütten aus gespaltenen Palmiten, drei Stück aus Brettern, eine Kolonie nennt sich sogar Palmenhof, nur verdiente sie eher den Namen Schweinehof, denn Palmen sah ich nur zwei Stück, während Schweine sich in Menge herumtummelten. Ich geißle den „Palmenhof“ nur um dieses Namen willen, denn bei dem Leser in Europa erweckt so eine Benennung eines Grundstücks die Vorstellung von schön angelegten Gebäuden mit Palmen usw., während die Wirklichkeit so ganz anders aussah.

Am Morgen nach unserer Ankunft wurden die neu Zugewanderten zum Herrn Direktor bestellt, der uns die Kolonieliste vorlegte und uns aufforderte, Wünsche betreffs der Kolonien zu äußern. Der größte Teil wollte

Die Entwicklung des Arbeiterssekretariats Nürnberg in diesen zehn Jahren, das lebhafteste Interesse, das ihm bald nach seinem Entstehen nicht nur in Deutschland sondern auch im Auslande gewidmet wurde, haben bewiesen, daß die Arbeiterschaft Nürnbergs von einem glücklichen Gedanken beherrscht wurde, als sie im Jahre 1894 zur Gründung dieses Instituts schritt. Ihr Vorgehen hat inzwischen vielfach Nachahmung gefunden, indem in den verschiedensten Städten des In- und Auslandes Arbeiterssekretariate entstanden, die zumeist der nürnbergischen Einrichtung nachgebildet sind. Welche Unsumme von Segen für die Arbeiterschaft sich als Folge der Tätigkeit der Arbeiterssekretariate äußert, darüber braucht man kein Wort zu verlieren, wenn es möglich wäre, die finanziellen Vorteile, die durch ihr Eingreifen den Einzelnen gesichert wurden, in einer Rechnung zusammenzustellen, so würde sich eine Riesenziffer ergeben. Nicht minder schwer wiegen auch die idealen Vorteile, die die Arbeiter ihren Arbeiterssekretariaten zu verdanken haben.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die Formulare für die Lohnstatistik 1904 pünktlich und gewissenhaft auszufüllen; zur Vermeidung von Unrichtigkeiten werden die zur Nachprüfung Beauftragten ebenfalls ersucht, gewissenhaft ihres Amtes zu walten.

Die Zahlstellenverwaltungen wollen schon jetzt Anordnungen treffen, nach welchen die Formulare schon am 31. Dezember 1904 an die Vertrauenspersonen abgegeben werden können. Die Verwaltungen wollen entweder in der nächsten Zahlstellenversammlung selbst kontrollieren oder die Vertrauensmänner, welchen die Kontrolle übertragen wurde, Bericht erstatten lassen, ob dieselben kontrolliert und eventuell die Formulare in Ordnung befunden haben oder nicht.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Laut § 10 des Verbandsstatuts müssen im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen stattfinden. Die Verwaltungen werden hiermit ersucht, unter Beachtung der §§ 10—17 des Statuts im nächsten Monat die Neuwahlen vorzu-

sich in Hammonia ansiedeln, da ja dort noch so wenig bestiedelt war, doch wurde uns eröffnet, daß hier kein Land mehr zu vergeben wäre, das sei alles verkauft. Ja an wem denn? Doch nur an Spekulanten. — Nach Neu-Bremen sollten wir, welcher zukünftige Ort etwa vier Stunden von Hammonia entfernt liegt, doch wollten wir uns das Land dort hinten erst ansehen, ehe wir mit Weibern und Kindern und Kisten in den Urwald zogen. Also wir Männer brachen auf, das Land zu besuchen, doch überall ging es in derselben Tonart: alles will verkaufen, trotzdem dort hinten ziemlich ebenes Land liegt, das leicht zu bearbeiten ist.

Die Wegverhältnisse ließen noch sehr zu wünschen übrig nach Neu-Bremen, denn vom Auswandererschuppen nach den Kolonien ist nur ein Pitaweg (d. h. nur schmaler Fußgängersteig) durch den Urwald geschlagen. Es wurde uns eröffnet, daß wir gleich Geld am Wegebau verdienen könnten, doch giebt die Verwaltung nur 10 pCt. des verdienten Geldes in bar, die übrigen 90 pCt. schreibt sie von der Landschuld des betreffenden Kolonisten ab; entläßt dann der Kolonist, so hat er doch den Weg gemacht.

nehmen. — Zur Beachtung hierbei diene folgendes: Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer werden jeder in einem besonderen Wahlgange mittels Stimmzettel gewählt. Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern wird außerdem ein Beisitzer und für je weitere angefangene 50 Mitglieder ein weiterer Beisitzer gewählt. Die Beisitzer müssen ebenfalls durch Stimmzettel gewählt werden, jedoch kann deren Wahl in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen. Außerdem sind 1 bis 3 Revisoren zu wählen. Die Wahl von Stellvertretern ist nicht erforderlich, weil solche im Statut nicht vorgesehen sind. — Unterkassierer können je nach Bedürfnis gewählt werden, jedoch haben dieselben einen Anspruch auf Entschädigung, wie die Kassierer, nach dem Statut nicht. Eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Kassierern muß den letzteren überlassen bleiben.

In allen Orten, an welchen das Vertrauensmänner-System besteht, sind solche in öffentlichen Versammlungen aufzustellen und dem Vorstand in Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensleute der am Orte befindlichen Einzelmitglieder ernannt. — Die Versammlung, welche die Verwaltung wählt, hat auch gleichzeitig den Organempfinger zu bestimmen. In der Regel empfiehlt es sich, den Kassierer hierfür zu bestimmen, weil demselben öfter Verwaltungsmaterialien, Druckfachen etc. zugesandt werden müssen, welche dann der Organempfung beigelegt werden. Wählbar in die Verwaltung sind alle stimmberechtigten Mitglieder, sofern dieselben mindestens drei Monate dem Verbandsangehören. (Bei neugegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung.) Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet; doch können Mitglieder, welche ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, die Wahl für nächstes Jahr ablehnen. — Alle Zahlstellenverwaltungsmitglieder sind wieder wählbar. — Die Zeichnung für die Zahlstelle haben der Vorsitzende und der Schriftführer gemeinsam; beide müssen großjährig sein. — Daß Mitglieder der Zahlstellen-Verwaltung auch Mitglieder des Beihilfefonds sein müssen, ist nicht Erfordernis.

Mit Nr. 48 der „Ameise“ geht den Organempfindern für jede Zahlstelle ein Formular zu, in welches die Mitgliedsnummern und die Namen der Ge-

Ich werde nun versuchen zu erklären, warum die meisten Kolonisten verkaufen wollen und die neu Eingewanderten, ohne sich anzukaufen, sofort in die Heimat zurückkehren, wenn die Mittel einigermaßen langen. Die armen Leute sehen ein, daß sie trotz angestrengter Arbeit nicht vorwärts kommen können, da die gebauten Produkte den Anbau nicht lohnen und sie nur noch tiefer in Schuldenlast geraten, denn das erste Jahr verschlingt meist das noch übrige Geld, da in dieser Zeit gar nichts von der Kolonie geerntet werden kann, was in der Küche zu verwenden ist, sondern alles muß gekauft werden. Und dieser Handel liegt zumeist in den Händen der Hanseatischen Kolonisations-Gesellschaft, wo man vielfach nicht für gutes Geld etwas zum Leben erhalten kann. Und was für Qualität kommt dort hin in die Kolonien! Was in Blumenau kein Mensch kaufen will, ist noch lange gut für die Kolonien der Hansa.

Im zweiten Jahre hat man den Alipim (eine Knollenfrucht, die an Stelle unserer Kartoffel gepflanzt wird) zum Leben, doch es will doch auch Fleisch dabei sein, und es muß

wählten deutlich und mit genauer Angabe der Wohnung, einzutragen sind. Dieses Formular ist, von der Verwaltung unterzeichnet, bis spätestens 2. Januar 1904 an den Unterzeichneten einzusenden.

Joh. Schneider,
Verbandschriftführer.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen Mitglieder, deren Quittungsbücher mit Ende des Jahres 1904 ablaufen, erhalten neue Bücher. Diese werden im Verbandsbureau ausgestellt und den Zahlstellenkassierern, zwecks Aushändigung an die Mitglieder, zugesandt.

In der „Ameise“ werden stets diejenigen Zahlstellen bekannt gemacht werden, welche im Laufe der betreffenden Woche die neuen Bücher erhalten. Die Mitglieder werden ersucht, diese Bekanntmachungen, behufs rechtzeitiger Aushändigung der Bücher, genau zu beachten.

Neue Quittungsbücher haben erhalten:

Arzberg, Berlin I, Berlin-Moabit, Biberach, Budau, Cassel, Charlottenburg, Eisenach, Emmerich, Farge, Fürstberg a. D., Gera, Gotha, Gräfenroda, Hüttengrund, Köln, Köln-Ehrenfeld, Köppelsdorf, Ludwigsburg, Meuselwitz, Nymphenburg, Wittenberg.

W. Herden, Verbandskassierer.

148. Vorstandssitzung vom 29. August 1904. *)

Entschuldigt fehlt Mißbach; die Mitglieder Dörting-Berlin und Schmidt-Frankfurt a. M. nehmen als Gäste an der Sitzung teil.

Ein Bericht von Nossen wird zur Kenntnis genommen. — Einigen entlassenen Mitgliedern in Gotha wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 U.-R. bewilligt. — Dem Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter werden auf dessen Ansuchen, welches von der Generalkommission beschworen wird, 200 M. aus Verbandsmitteln bewilligt. — Der Vorsitzende und Schriftführer erstatten Bericht über die abgehaltenen Agitationsversammlungen und sind dieselben leider nicht in der Lage, ein erfreuliches Resultat konstatieren zu können. Ein abschließendes Urteil über den Erfolg läßt sich jedoch vor Beendigung der insgesamt geplanten Versammlungen nicht fällen. — Der Vorsitzende der Zahlstelle Neu-

*) Infolge eines Verfehls im Bureau, ist das Manuskript zu diesem Protokoll unter die erledigten Sachen geraten und bei der Ueberbürdung der im Bureau tätigen Beamten, verursacht durch die Agitationsreisen, ist das Versehen nicht früher bemerkt worden. Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, die verspätete Veröffentlichung entschuldigen zu wollen. Der Verbandschriftführer.

das wiederliche Carne-Secca (eingesalzenes Fleisch) oder Speck, der vielfach zum zweiten Male lebendig wird, genossen werden. Hat einer Mais oder Bohnen, so kann er diese auch nicht aufheben, da die Würmer alles zerfressen, sondern muß verkaufen, um dieselben Früchte später zum drei- und vierfachen Preis wieder zu kaufen. Ebenso geht es, wenn Kleidung oder Kochgeschirr gekauft werden soll; die Preise für diese Artikel sind unerhört und stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen für die gebauten Produkte.

Wovon ich rede, damit ist natürlich das Gebiet der hanseatischen Kolonisations-Gesellschaft gemeint, nicht das Gebiet der Blumenauer Hansa, die einander nichts angehen, mit dem aber die hanseatische Kolonisations-Gesellschaft den größten Teil ihrer Abbildungen und ihres Prospektes ausgefüllt hat. Das Blumenauer Gebiet liegt am direkten Verkehrswege, dem Flusse, worauf Dampfer bis an den Meereshafen verkehren, wo es alle Produkte leicht absetzen wie auch beziehen kann, während die Hansa-Kolonien so weit vom Verkehr abliegen, daß, wenn keine Bahnverbindung geschaffen wird, aus ihren Kolonisationsgebieten

haben Leben, welcher sich schon wiederholter Pflichtwidrigkeiten schuldig gemacht, wird seines Amtes enthoben und soll die Zahlstelle veranlaßt werden, einen anderen Vorsitzenden zu wählen, welcher ein größeres Interesse für den Verband bekundet. — Der amwesende Genosse Schmidt, Frankfurt a. M., giebt eine Darstellung über den Stand der Dinge in Schlierbach, insbesondere über die Errichtung einer neuen Porzellan- und Steingutfabrik in Schlierbach.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

159. Vorstandssitzung vom 31. Oktober 1904.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlt Mißbach. Eine Zuschrift von Wittenberg, in Aussicht stehende Lohnreduzierungen bei den Tellerdrehern betreffend, wird vorläufig zur Kenntnis genommen. — Eine Zuschrift von Breslau soll entsprechend beantwortet werden. — Ein Antrag des Mitgl. 19770, denselben als Einzelmitglied einer anderen Zahlstelle als Berlin II zu übernehmen, wird abgelehnt; desgleichen ein weiterer Antrag desselben Mitgliedes, die ihm bewilligte Unterstützung zur Auszahlung zu bringen. Letztere soll auf zu viel erhobene Beihilfe in Anrechnung gebracht werden. — Die Entlassung des Mitgliedes 28 800, Burggrub, wird von der Zahlstelle als Maßregelung aufgefaßt; beschlossen wird, der Zahlstelle anheim zu geben, deswegen beim Unternehmer vorstellig zu werden und weiteres abzumarten. — Das Mitglied 36 333, Reichenbach, beschuldigt eintige Mitglieder derselben Zahlstelle des wissentlich zu Unrecht erfolgten Bezuges von Arbeitslosenunterstützung. Beschlossen wird, der Gesamtverwaltung den Auftrag zu geben, in einer besonderen Sitzung die Angaben des Mitgliedes auf ihre Richtigkeit zu prüfen, resp. den wahren Sachverhalt genau festzustellen. — Götto, Margarethenhütte, wird mit 1 1/2 jähriger Strafdauerzeit, Fiedler, Kronach, mit 8 jähriger Strafdauerzeit in den Verband aufgenommen. — Den Mitgliedern 88 069 und 88 071 Mitterteich, wird nachträglich eine 3 jährige Strafdauerzeit auferlegt. — Der Bericht des Verbandsassessors, über dessen vorgenommene Revisionen in einer Reihe von Zahlstellen, ist mit Kenntnisnahme erledigt.

Beihilfefonds: Das Mitglied 1972, Freiwaldau, wird wegen Verstosßes gegen § 18 B.-R. mit 8 Mk. bestraft.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Die Firma Hoegel und Pfeiffer in Giffhorn sendet uns zu der Notiz in Nr. 44 der Ameise eine Berichtigung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes und schreibt: „Wir verlangen von Ihnen die Aufnahme in nächster Nummer der Ameise. Wir müssen es natürlich ablehnen, die „Berichtigung“ wortgetreu zum Abdruck zu bringen, weil dieselbe weit über den Rahmen einer auf Grund des § 11 des

in zehn Jahren nicht mehr geschaffen ist wie heute. Den Beweis dafür bietet der „Stadtplan“ Hammonia, wo man nach fünfjähriger Gründung noch kein anständiges Gebäude findet und wo vom Direktions-Gebäude bis zur Kolonistenhütte alles nur Unzulänglichkeit und Armseligkeit verrät, ein genaues Abbild des ganzen Hansa-Unternehmens.

Wenn zwei solche Elemente zusammen treffen, aus dem höchstentwickelten Kulturlande kommende Menschen und die im Urzustande befindliche üppige Natur, dann müßte in diesem Stadtplan in dem fünfjährigen Zeitraum ein Paradies geschaffen sein, wenn sonst die Lebensbedingungen dem Ansiedler zusagten und dieser ein schaffensfrohes Dasein führen und die Früchte seines Fleißes sehen könnte. Und das nur durch die Schuld der Gesellschaft; erst Verkehrsmittel, aber in Form von Bahnverbindungen. Dieses Verkehrsmittel fehlt schon dem blumenauer Hinterlande, denn die Ortschaften Inbaial, Warnow und Meike müßten sich schon zu ganz anderen Orten entwickelt haben, wenn ein reger Handelsgeist und Geldverdient dort möglich wäre, denn diese Orte bestehen zirka 30—40 Jahre.

Preßgesetzes zulässigen Berichtigung hinausgeht. Die Punkte jedoch, auf welche es ankommt, sollen hier wiedergegeben werden. Die Firma schreibt:

Es ist unwahr, daß bei uns die Zustände derart sind, wie Ihre Notiz lautet. Seit Jahren herrscht bei uns die größte Freiheit und Einigkeit, das denkbar beste Einvernehmen zwischen der Firma und den Angestellten, das erst in neuerer Zeit durch neue engagierte Kräfte, insbesondere den Maler D. gestört wurde. In den Arbeitsräumen herrschte fortan der größte Slandall, Lärmen, Singen, Pfeifen, gefellige Zechgelage u. s. w.

Ferner: Es ist unwahr, daß der Chef aus dem Verborgenen den Eindruck dieser Arbeitsordnung beobachtet hat.

Es ist unwahr, daß einer der Angestellten den Aushang „belächelt“ hat; es erhob sich vielmehr nach dem Lesen desselben ein fürchterliches Johlen, Bravorufen und Händeklatschen.

Es ist unwahr, was über die Kündigungen und deren Zurücknahme behauptet wird; allerdings haben wir den Friedensförderer sofort entlassen und abgelohnt, wobei er noch versehenlich zu viel erhaltene 10 Mk. trotz Aufforderung nicht wieder zurückgezahlt hat. Es ist unwahr, daß unser Betrieb den gesetzlichen Vorschriften nicht genügt.

Eines sei noch aus dem Schreiben der Firma erwähnt! Im Uebrigen beziehen unsere festangestellten Maler und Graveure ein monatliches Gehalt von 100 Mk. jezt 110 Mk. und der größte Teil der Akkordmaler nicht unter 100 Mk. wohl aber 120 bis 150 Mk. und 175 Mk. laut Lohnliste. Die Kollegen in Giffhorn, denen die „Berichtigung“ der Firma von uns zugestellt wurde, um sich dazu äußern zu können, bemerken hierzu:

Das „gute Einvernehmen“ zwischen Firma und Angestellten lieft sich sehr schön, ist aber leider nicht von der Beschaffenheit, wie es nach den Darlegungen der Firma den Anschein gewinnen könnte. Die Umgangsformen der Firma im Verkehr mit ihren Angestellten sind nicht dazu geeignet, ein solches bestehen zu lassen. Teigaffen, Rognasen, oder wie es einmal vorgekommen, Schuste, Banditen, sind nun einmal Ausdrücke, welche im Allgemeinen nicht geeignet sind, eine besondere Zärtlichkeit zu beweisen. Vor Jahresfrist waren nur Unorganisierte beschäftigt, welche an einem Tage alle zusammen ge-

So führen auch die Bewohner der alten blumenauer Kolonien mehr oder weniger einen Dornröschenschlaf, ja ich glaube ganz Brasilien ist nicht ganz frei davon und das wird auch nicht weichen bis einmal eine andere energische auswärtige Macht das ganze portugiesische Regiment zertrümmert und durch Einführen von Industrie die Naturschätze des Landes in klingendes Geld umwandelt, an dem es dem ganzen Lande mangelt, von der höchsten Regierungsgewalt bis zu dem ärmsten Kolonisten.

Ich fasse meinen Bericht in den kurzen Worten zusammen: In Deutschland lebt der ärmste Tagelöhner besser als in der Hansa der besteingerichtete Kolonist, denn was hier beim kleinen Mann als unumgänglich notwendig gebraucht wird, ist dort schon unerhörter Luxus, sei es im Essen und Trinken oder in den häuslichen Einrichtungen irgend welcher Art.

Ich möchte also jeden warnen nach jenen Gebieten auszuwandern und sein Vermögen nutzlos zu verschleudern. Sollten diese Zeilen diesem oder jenem von Nutzen sein, so würde es mich sehr freuen.

kündigt und ihrer Wege gegangen sind. Ob diese begehrenswerten Arbeitskräfte die Freiheiten und Einigkeit und das „denkbar beste Einvernehmen“ nicht länger aushalten konnten? Die Kollegen behaupten, wenn heute fast alles organisiert ist, so hat die Firma mit ihren Gepflogenheiten einen wesentlichen Anteil daran.

Bezüglich der „Zechgelage“ erklären unsere Kollegen dortselbst, daß für 10 bis 13 Mann für 55 Pfg. höchstens 1,10 Mk. Bier zu verschiedenen Malen geholt und im Arbeitsraum getrunken wurde. Von Zechgelagen zu reden, sei eine Uebertreibung.

Als die Arbeitsordnung im Malersaal von Herrn Hoegel ausgehängt wurde, ohne ein Wort dazu zu bemerken, stand ein Maler von seinem Schemel auf und brachte die Arbeitsordnung zur Verlesung. Als die Worte „Zechgelage“ und „Anstand“ zur Verlesung kamen, konnten die Maler das Lachen nicht unterdrücken und einer hatte „Bravo“ gerufen. Daraufhin kam der „Chef“ im Eilschritt in die Malerei, frug nach dem Uebeltäter und erhielt von dem Maler D. die Antwort: Gelacht haben alle, Bravo gerufen habe ich. Hierauf gab es eine Auseinandersetzung zwischen D. und dem „Chef“ in deren Verlauf letzterer handgreiflich wurde. In Bezug auf die Ablohnung handelt es sich um die Auszahlung des verdienten Lohnes; wenn von 10 Mk. zu viel erhaltenem Gelde die Rede ist, darf wohl daran erinnert werden, daß D. eventuell Anspruch auf Lohnentschädigung für 14 Tage hat, jedoch nichts erhalten.

In Bezug auf die Höhe der erzielten Löhne, senden uns die Kollegen eine genaue Lohnstatistik ein, aus welcher hervorgeht, daß die Firma auch hierin das richtige nicht getroffen zu haben scheint. Im Jahre 1904, worüber die vorliegende Lohnaufzeichnung Aufschluß gibt, erzielte der beste Verdienner ein mal einen monatlichen Lohn von 139,86 Mk. Ein höherer Lohn ist im letzten Jahre überhaupt nicht erzielt worden. Die Angaben der Firma von Monatslöhnen von 150 Mk. bis 175 Mk. scheinen sich also auf frühere Zeiten zu beziehen; das hätte die Firma in ihrer Berichtigung aber sagen müssen, weil sonst der Anschein erweckt werden muß, daß momentan noch, im Widerspruch mit den Tatsachen, Löhne in der von der Firma angegebenen Höhe erzielt werden. Nur ein Maler (nicht die große Mehrheit) hat im Jahre 1904 stets über 100 Mk. pro Monat verdient. Von den übrigen Malern ist noch einer zweimal in diesem Jahre auf 101,05 Mk. bzw. 101,20 Mk. gekommen. Die übrigen Maler sind in ihrem Verdienst sämtlich unter 100 Mk. pro Monat, zum Teil sehr beträchtlich geblieben. Es sind auch monatliche Verdienste von 38,65 Mk., 41,96 Mk., 46,50 Mk., 59,26 Mk., 64,44 Mk. u. s. w. erzielt worden. Jedoch haben wir in unserer Notiz in Nr. 44 der Ameise die Höhe der Löhne gar nicht erwähnt und die bei der Firma nunmehr gekündigten hatten auch Forderungen in bezug auf höhere Löhne gar nicht gestellt. Es ist bezeichnend, daß in der „Berichtigung“ nichts darüber enthalten ist, ob bisher „Trinkwasser“ geliefert wurde, ob das Aluminium-Einstäuben in der Malerei vorgenommen wird, ob die Bezeichnung der „Angestellten“ mit „Rognasen“ den Tatsachen entspricht usw. Alle diese uns hierüber gemachten Mitteilungen bleiben also als vollständig wahr bestehen.

Es ist und bleibt ferner wahr, trotzdem die Firma dieses als unwahr erklärt, daß sämtliche Maler gekündigt wurden, als dieselben der Firma ihre Forderungen überreichten, nachträglich sind die Kündigungen wieder

zurückgenommen worden und sind dann erst wieder von Neuem erfolgt, nachdem die „Keramische Rundschau“ sich bei der Firma bemühte, die Interessen des Berufes zu wahren. Das Letztere ist ja der Rundschau auch gelungen, denn in ihrer Nr. 46 prangte bereits das erwartete Inserat der Firma.

Die Firma sendet uns außerdem noch eine Abschrift ihrer Arbeitsordnung und bemerkt dazu, daß wohl kein vernünftiger Mensch dagegen etwas einzuwenden haben könne. Dazu sei bemerkt, daß uns von unseren Kollegen auf Ansuchen bereits vorher eine Abschrift zugeing und wir in No. 44 „der Ameise“ darüber auch kein Wort verloren haben. Die Arbeitsordnung ist nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend; es fehlen Bestimmungen über Kündigungsfrist, Lohnzahlung u. s. w. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, diesen Umstand besonders zu kritisieren, darauf würde die untere Verwaltungsbehörde, welcher ja die Arbeits-Ordnung eingereicht werden mußte, schon aufmerksam gemacht haben. Im Uebrigen enthält dieselbe keine Bestimmungen, gegen die wir uns hätten wenden müssen. Wenn der § 3 der Arbeits-Ordnung mit seinem Verbot der „Zechgelage“ und der Forderung des „Anstandes“, die Heiterkeit der Angestellten hervorrief, so liegt das daran, daß einmal kein ersichtlicher Grund für diese Bestimmung vorhanden war, zum Anderen die Angestellten schon seit Langem die Absicht hatten, auch ihrerseits etwas mehr „Anstand“ zu fordern. Die Notwendigkeit hierfür schien uns erwiesen, und auch das Schreiben der Firma an uns läßt in den ersten Zeilen gleich erkennen, daß die Firma mit den heutigen Umgangsformen im Verkehr unter gefitteten Menschen nicht allzu vertraut sein kann. Die Firma hatte nach unserem Dafürhalten allen Grund, die „Wünsche“ der Maler recht sachlich zu prüfen, dann hätte sie vielleicht herausgefunden, daß für sie gar keine Ursache vorhanden war, deswegen zum offenen Konflikt zu treiben. Nachdem aber die ganze Angelegenheit bereits als erledigt zu betrachten war, und zwar im Interesse beider Teile, war für die Firma noch viel weniger Grund vorhanden, lediglich nur wegen der Notiz in Nr. 44 der Ameise den Konflikt von Neuem zu beginnen. Die von der Firma eingesandte „Berichtigung“ ist wohl der beste Beweis für diese Annahme. — Die Firma Hoppel und Pfeiffer in Gifhorn ist gesperrt und bitten wir die Kollegen die Sperre gut zu beachten.

Von Kopenhagen wird uns berichtet, daß der „Keramist Forbund“ mit den drei größten Firmen unseres Berufes in Kopenhagen einen Tarif-Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die nächsten 4 Jahre festgelegt wurden. Vor dem 1. April 1908 kann der Vertrag nicht gekündigt werden. Das Wichtigste der getroffenen Vereinbarungen soll hier wieder gegeben werden. Es erhalten vom 1. November 1904 ab an Lohn: Tagelöhner (im Hof, Lager und Backhaus 21—22 Kronen. (1 Krone = 1,12 Mk. (Vordem erhielten diese Arbeiter einen wöchentlichen Lohn von 19—20 Kronen. Gesetzliche Feiertage werden ebenfalls bezahlt. Weibliche Arbeiter (Glaserstube u. s. w.) erhielten bisher 10,50—12 Kr., jetzt 12—14 Kronen. Brennhausarbeiter bisher 22 jetzt 24 Kronen. Als Formengießer werden in Zukunft nur gelernte Arbeiter beschäftigt und erhalten dieselben einen Mindestlohn von 25 Kronen pro Woche, bisher waren 20 Kronen der wöchentliche Mindestlohn. In der Steingutfabrik „Alumina“ sind bei den Formern und Drehern die schlechtesten Artikel bis 15 pCt. verbessert worden; dies bedeutet eine Lohn-

erhöhung für die betreffenden Arbeiter von 3—4 Kronen pro Woche. Außerdem sollen den Drehern und Formern in Zukunft Masse und Formen unentgeltlich an den Arbeitsplatz geliefert werden, was bisher nicht der Fall war. Weibliche Figurenmacherinnen (Formerinnen) erhalten in Zukunft dieselben Akkordpreise als die männlichen Former. — Maler und Malerinnen sind sämtlich unorganisiert, kommen auch bei den getroffenen Vereinbarungen nicht in Betracht. Diese Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen haben auch von allen keramischen Arbeitern Kopenhagens die niedrigsten Löhne; sehr viele Porzellanmaler erreichen bei Weitem nicht den Lohn, welchen die Organisation durch den vorerwähnten Vertrag den organisierten Tagelöhnern (Hofarbeitern u. c.) zugesichert hat. Mit dem Abschluß dieses Vertrages haben die dem Keramist Forbund angehörenden Berufsgenossen zunächst erreicht, für die nächsten 4 Jahre von Lohn-Reduktionen verschont zu bleiben und außerdem zum Teil wesentliche Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage erzielt. Und was als Hauptsache dabei erscheint, ist der Umstand, daß die Organisation der Arbeiter von den Unternehmern als die berechnigte Interessen-Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt, als der Faktor, der bei Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Mitbestimmungsrecht hat. Zweifellos ist der Abschluß eines solchen Vertrages aber auch im Interesse der Unternehmer gelegen. Letztere wissen nun ebenfalls, daß für die nächsten 4 Jahre Forderungen auf Lohn u. c. von Seiten der Arbeiterschaft nicht zu erwarten sind und damit eine Störung im Betriebe aus dieser Veranlassung ausgeschlossen ist. Das deutsche Unternehmertum der Porzellan- und Steingut-Industrie ist allerdings noch weit entfernt davon, begreifen zu können, daß eine einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse das beste und einzigste Mittel ist, die Schund- und Schleuder-Konkurrenz mit Erfolg bekämpfen zu können und damit einigermaßen stabile Verhältnisse für den ganzen Beruf zu schaffen. Lohnreduktionen bis zum hellen Wahnsinn (oder ist es etwas anderes, wenn Löhne geboten werden von unter 1 Mk. pro Tag für gelernte männliche Arbeiter?) und wenn die verhasste Organisation der Arbeiterschaft sich anheißig macht, diesem tollen Treiben einen Damm entgegen zu setzen, Bekämpfung der Organisation bis aufs Messer, das ist der Weisheit letzter Schluß bei unserem Unternehmertum. Die erforderliche Einsicht wird bei diesen nicht einen Moment früher vorhanden sein, als unsere Organisation nicht die notwendige Nachhilfe leisten wird. Die Kollegen wollen aber an der Feststellung der einen Tatsache allein, daß die unorganisierten Maler in Kopenhagen weniger verdienen, als die organisierten Ungerlernten, schon ersehen, welchen Wert die Berufsorganisation besitzt. Wollen die Kollegen nun auch weiter dafür zu sorgen, daß die Organisation an Mitgliederzahl gewinnt, so steht zu hoffen, daß nicht nur den fortgesetzten unverschämten Lohnreduktionen ein Ziel gesetzt wird, sondern auch endlich einmal eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe der Organisation erreicht werden kann.

In Wittenberg sind sämtliche Tellerdreher entlassen worden, weil dieselben sich weigerten, eine Herabsetzung der bisherigen Akkordpreise um 8—15 pCt. ohne weiteres hinzunehmen. Vorstelligwerden blieb erfolglos, ja die betreffende Kommission wurde deswegen noch besonders bestraft, indem jedem

der Kommissionsmitglieder je 1 Mk. Strafe vom Lohn abgezogen wurde, weil — der Instanzenweg nicht innegehalten worden sei. Die Kollegen in Wittenberg können nicht einsehen, nachdem die Preisvereinigung der Steingutfabriken ein weiteres Herabgehen der Verkaufspreise verhindert, welchen Grund nunmehr der Unternehmer für eine weitere Reduktion an den ohnehin gerade am schlechtesten entlohnten Artikeln haben könnte, wenn nicht angenommen werden muß, daß lediglich das Bestreben, den Profit zu erhöhen, der eigentliche und einzige Grund sein muß. Die Tellerpläge in Wittenberg sind gesperrt, und jeder Kollege, welcher nicht will, daß die Lohnreduktionen bis ins Ungemessene sich steigern, auf daß dem Arbeiter als Lohn für seine Arbeit auch so viel verbleibt, um existieren zu können, sollte es ablehnen, in Wittenberg in Arbeit zu treten, so lange die Reduktion nicht zurückgenommen wird.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Wirtschaftliche Rundschau. Wenn jeder Verstaatlichung, wie man das früher häufig hören konnte, schon immer ein sozialistischer Gedanke zugrunde läge, dann wäre Preußen längst das gelobte Land des Sozialismus. Aber niemand wird das letztere behaupten wollen.

In der Tat, die Stellung der einzelnen Klassen zur Frage „Staatsbetrieb oder freie Konkurrenz?“ hat sich seit ein paar Jahrzehnten vollkommen verschoben. Bismarck konnte noch das „öde Manchesterium“, das den Staat völlig vom Wirtschaftsleben fernhalten und auf die Rolle eines, die Rechtssicherheit und die öffentliche Ruhe währenden Nachwächters beschränken wollte, als die Verkörperung der kapitalistischen Auffassung und Politik geißeln. Umgekehrt war es nach ihm der aufstrebenden, zum ersten Male auf das Kampffeld gerufenen Arbeiterklasse vorbehalten, die hohe organisatorische Mission des Staates auch auf den wirtschaftlichen Gebieten zu verkünden und zu verwirklichen. In der Tat gab es noch lange bürgerliche Liberale und Freisinnige, die selbst das von Bismarck erstrebte Tabakmonopol, also die Verstaatlichung eines Industriezweiges zu rein fiskalischen Zwecken, als sozialistischen Sündenfall unter lautester Zustimmung brandmarken konnte.

Heute beurteilen Arbeiter wie Kapitalisten jeden Verstaatlichungsplan ausschließlich nach seinem Zweck und seiner Wirkung. Die Kapitalisten haben bei der Brief- und Paketpost, bei Telegraph und Telephon, im Eisenbahnbetrieb, aber auch in ihren eigenen Kartellen und Trusts den Wert der Zentralisation, der einheitlichen Leitung gegenüber dem alten zerplitterten, kostspieligen und ruinösen Wettbewerb schätzen gelernt. Wenn der Staat ihr gefügiges Werkzeug ist und nie andere, denn kapitalistische Wege wandelt — warum sollte man die mitunter wirksamste Zentralisation, den Betrieb durch den Staat selber verschmähen? Wiederum, die Arbeiter haben nach reichlichen Erfahrungen eingesehen, daß die bloße Ausschaltung der freien Konkurrenz noch lange kein sozialistischer Fortschritt zugunsten des Proletariats zu sein braucht, ja daß dadurch oft sogar die arbeiterfeindlichen kapitalistischen Bestrebungen eine Verstärkung erfahren können. Die Sozialdemokratie und die näher beteiligten Gewerkschaften wählen darum heute ihre Stellung von Fall zu Fall, je nach den Besonderheiten des vorliegenden Einzelprojekts. Und ganz unausbleiblich werden dabei auch abweichende Meinungen über die Größe der Vorteile und Nachteile auftauchen.

Schon bei der Frage der Bergwerksverstaatlichung trat das hervor. Nun ist jedoch aus den Wehen der preussischen Kanalkommission bereits wieder ein neuer Verstaatlichungsgebilde geboren worden: auf der zu bewilligenden Kanalstrecke soll der private Schleppbetrieb ausgeschlossen werden.

Das Gefährliche an dem Gedanken ist gerade, daß, rein technisch betrachtet, so vieles für ihn spricht und daß einflussreiche Industrien — vor allem jene, die mit der Elektrotechnik zusammen hängen — diesen Merkmal-agrarischen Sirenenlockungen Gehör schenken werden. Das Elektrizitätsgewerbe setzt geraume Zeit schon keine geringen Hoffnungen auf die Umgestaltung der Schleppschiffahrt, auf die Einrichtung von Treidelmotoren. „Hier treten leider — schrieb Dr. Joseph Doewe-Breslau 1903 in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik — die Besitzverhältnisse an den Kanälen hindernd entgegen. Die Verstaatlichung der Schlepperei könnte für deren Elektrifizierung und damit für die elektrotechnische Industrie von großer Bedeutung werden.“ Die Siemens-Schuckertwerke sollen, wie man hört, bereits früher einen vollständigen Entwurf zur Einrichtung elektrischen Schleppzuges vorgelegt haben, für den ganzen, damals ins Auge gefassten Rhein-Elbekanal. Die Zuverlässigkeit, Schnelligkeit und Regelmäßigkeit des Betriebes werde dadurch beträchtlich gewinnen. Soweit ganz gut! Niemand wird einer modernen Produktion ein neues Betätigungsfeld mißgönnen und eine höherstehende Transportweise auf unseren Wasserstraßen erschweren wollen.

Indes, daran liegt der preussischen Landtagsmehrheit gar nichts oder doch nicht allzu viel. In dieser seltsamen Verstaatlichungsgruppe finden sich vielmehr recht buntscheckige Bestrebungen vereinigt, die allesamt wenig von Fortschritt oder gar von Sozialismus im heutigen Arbeiter Sinne an sich haben. Manche Konservative und Merkale unterstützen das Projekt nur, weil dadurch manchem Kanal-freunde der Geschmack an der ganzen Vorlage verdorben wird, sodaß die Aussichten des Kanalbaues sich eher verschlechtern. Die Hauptabsicht der Antragsteller ist jedoch eine agrarische: die Regierung soll die Tarifgestaltung für den Kanaltransport in die Hände bekommen und alsdann solchen Preisermäßigungen und Absatzverschiebungen vorbeugen, wie sie den Agrariern mißfällig sein könnten. Gelangt der Kanal zur Annahme, dann soll es in einer Form geschehen, daß die Wirkungen der billigeren Wasserfracht zum Teil wieder beseitigt sind. Scheitert jedoch der Kanalentwurf an dieser Zugabe — um so besser, besonders wenn ehemalige Kanal-begeisterte selber den Ausschlag für die schließliche Ablehnung geben sollten!

So steht heute in Preußen-Deutschland die Verstaatlichungs-idee aus und man kann es den Arbeitern wahrlich nicht verdenken, wenn sie heute, im Gegensatz zur Jugendzeit der sozialistischen Bewegung fast nur Mißtrauen dafür übrig haben.

Uebrigens soll auch der Handelsminister Möller schon wieder mit einer Verstaatlichungsaktion schwanger gehen: nach Blättermeldungen beabsichtigt er, das Steinsalzbergwerk Inowrazlaw anzukaufen, in dessen Nähe der Staat bereits eine Reihe ähnlicher Betriebe besitzt und das heute in nahen Beziehungen zu den deutschen Solwaywerken in Bernburg steht. Das Aktienkapital betrug hier bisher 8 Mill. Mk.

Die Hiberniafrage muß nunmehr endlich zu einer bestimmten Entscheidung gelangen; schon für die nächsten Tage ist die Einbringung einer Vorlage über den Aktienwerb

ankündigt. Der gegnerischen Bankengruppe scheint jedes Mittel der Abwehr recht; auf die Andeutung, daß der Staat durch Abbröckelung der feindlichen Aktienmehrheit doch noch den maßgebenden Einfluß in der Verwaltung erringen könne, erwiderte man prozig, daß dagegen jederzeit eine neue Waffe zur Verfügung stehe: nämlich die Verschmelzung der Hibernia mit anderen Montanbetrieben zu einem Riesenunternehmen, in dem die etwa 27 Millionen Staatsaktien überhaupt nichts mehr besägen. Schüchtern und rücksichtsvoll sind diese „Staatserkaltenden“ wirklich nicht, und das „Ansehen“ und die „Stärke“ einer Regierung ist für sie nur dann von Belang, wenn es gegen die Arbeiter vorzugehen gilt.

Die letzten Tage gab man sich an der Börse wieder einem stärkeren Optimismus hin. Erst hatten die russisch-englischen Auseinandersetzungen, die sich an die brutale Beschichtung der Fischerflotte an der Doggerbank knüpften, eine nervöse Erregung und einen ziemlichen Kurssturz hervorgerufen, der Staatsrenten, Bank- und Industriewerte traf. Am Freitag, 28. Oktober, war der Tiefpunkt erreicht. Dann erholte man sich rasch von dem ersten Schrecken. Eine Rolle spielten dabei überraschend günstige Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, besonders über den Aufschwung der Bahntätigkeit und des Eisenmarktes, dem, wie man behauptete, nach langer Zeit wieder zum ersten Male ein Erwachen der Spekulationslust des großen Publikums entsprach. Großes Vertrauen wird man auf solche frohe Botschaften nicht setzen dürfen; in den Tagen der Präsidentenwahl braucht man gutes Wetter und im Notfall weiß man es zu machen.

Der deutschen Reichsbank scheint die Verstärkung ihres Goldschatzes gelungen zu sein, ohne daß andere Zentralbanken, vor allem die englische Bank, mit einer Diskonterhöhung zu folgen brauchen. Die dritte Oktoberwoche zeigte bereits wieder eine steuerfreie Reserve von 73 Mill. Mark und auch beim Monatswechsel blieb man noch immer mit fast 23 Mill. Mark in der Steuerfreiheit. Die Zeichnung der 30 Mill. Mark neuer Anteile soll am 3. November sehr günstig verlaufen sein.

Endlich fiel mit der nahegerückten Beendigung der Handelsvertrags-Verhandlungen weiten Geschäftskreisen ein Stein vom Herzen. Mit der Schweiz ist man soeben zu einer Verständigung gelangt und ein Scheitern der Mission des Grafen Posadowsky in Wien und Budapest scheint ausgeschlossen. Wie die Verträge aussehen werden, kümmert den Handel nicht allzu viel; er verlangt in erster Linie eine sichere Grundlage für seine Berechnungen; im übrigen vermag er seine Transaktionen unter diesen oder jenen Voraussetzungen vorzunehmen. Die letzten bürgerlichen Opponenten gegen das „ganze“ Zolltarifwerk sind darum auch recht still geworden.

Am unerfreulichsten lauten, trotz mancher Besserung im Kohlenabsatz (wesentlich für russische und englische Kriegsschiffe), im Schiffsbau und auch in den Eisengewerben, noch immer die Mitteilungen aus England. Arbeiterführer haben dort bereits eine außerordentliche Session des Parlamentes verlangt, um Nothstandsarbeiten zu beraten. In der Presse spielt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine große Rolle. Die Zahl der Paupers (von England und Wales) stand am 1. Juli, nach einer vor ein paar Tagen veröffentlichten Statistik, um 30 232, das sind 3,7 pCt., über der entsprechenden Ziffer

des Vorjahres (1. Juli 1903). Seit 1872 ist eine so hohe Ziffer nur 1898 erreicht und etwas überschritten worden, damals hatte der große Streik in den Kohlendistrikten von Südwales viel vorübergehende Hilflosigkeit geschaffen. Im Verhältnis zur Bevölkerungsmenge war allerdings der Pauperismus vor 1899 größer; indes steht auch relativ die diesjährige Ziffer höher als jemals seit fünf Jahren. Sollten bald Wahlen kommen, so wird der Unmut der englischen Arbeiter sich wahrscheinlich mit ungewohnter Kraft entladen.

Berlin, 6. November 1904.

Max Schippel.

* Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 3. Quartal. Die vom Kaiserlichen Statistischen Amt aufgenommene Statistik der Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden für das 3. Quartal 1904 umfaßt 589 928 Personen gegen 547 525 im vorigen Quartal und 414 855 im gleichen Quartal des vorigen Jahres. Hinzugekommen ist seit dem vorigen Quartal der Verband der Werftarbeiter mit 3721 und der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte mit 16 337 Mitgliedern. Am 30. September d. Js. waren nun in den für das Gesamtergebnis in Betracht kommenden Organisationen 8925 Mitglieder am Ort, 2158 auf der Reise, mithin zusammen 11 083 Personen oder 1,8 pCt. aller Mitglieder als arbeitslos gemeldet. Der entsprechende Satz stellte sich am 30. Juni d. J. auf 1,9 pCt., am 30. September 1903 auf 1,8 pCt. Die Gesamtarbeitslosenziffer erscheint danach gegenüber dem letzten Quartal um ein Geringes niedriger, im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres dagegen unverändert. Während der Umfang der Arbeitslosigkeit, soweit dieselbe in der Zahl der beschäftigungslosen Personen zum Ausdruck kommt, gegen die gleiche Zeit des Vorjahres im allgemeinen eine Verminderung nicht erfahren hat, haben die Fälle von Arbeitslosigkeit (insgesamt 46 534) im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen etwas abgenommen, dagegen im Vergleich zum 2. Quartal 1904 eine — im großen ganzen allerdings auch nur geringfügige — Steigerung erfahren. Es entfielen nämlich auf je 100 Mitglieder im 3. Vierteljahr dieses Jahres insgesamt 7,9 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,2 im Vorjahr und 7,3 im 2. Vierteljahr 1904. Die durchschnittliche Unterstützungsdauer ist gegen das Vorquartal etwas, nämlich von 16,6 auf 17 Tage gestiegen. Eine weitere Steigerung gegen das letzte Quartal haben die Unterstützungssummen am Ort erfahren. Die betreffenden Summen stiegen von 347 592,60 Mk. auf 475 375,70 Mk. Dagegen haben die für Reiseunterstützung gezahlten Summen gegen das zweite Vierteljahr 1904 eine Steigerung von 138 973,44 Mk. auf 207 604,05 Mk. erfahren. Entsprechend der Erhöhung der Ortsunterstützungssumme ist die Zahl der Unterstützungstage von 255 342 im zweiten Quartal 1904 auf 332 390 Tage im dritten Quartal dieses Jahres gestiegen.

* Ungarn. Dem Drängen der ungarischen Scharfmacher-Verbände nachgebend, haben der Minister Tisza und der Handelsminister Hironymi Verordnungen erlassen, die sich gegen die Streikenden richten. Zwar will man dem Arbeiter das Mittel des Streiks nicht wegnehmen; auf streikende gewerbliche Arbeiter kann, so heißt es in der Verordnung, das Feldarbeitergesetz nicht angewendet werden. Bestraft sollen nur solche Taten der streikenden Arbeiter werden, „die gegen die persönliche und Vermögenssicherheit der Arbeitgeber oder der arbeitswilligen

Arbeiter gerichtet sind, oder diese in ihrer freien Entschliessung zu behindern trachten". Solche Erscheinungen sollen die Behörden und „die interessierten gesellschaftlichen Kreise“ zur Anzeige bringen. Es wird dann dazu aufgefordert, daß die Disziplinarbehörden mit den strengsten Mitteln vorgehen und die Elemente entfernen, „welche die Arbeiter zu solchen ungesetzlichen Handlungen verleiten“. Das letztere richtet sich gegen die Streikleiter. Den Arbeitern sollen ihre Führer entzogen und ins Gefängnis gesteckt oder per Schub fortgeschafft werden, damit sie führerlos sind und sich den Wünschen des Unternehmertums fügen. Die „Volksstimme“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns, kennzeichnet die Verordnung wie folgt: „Was an Jesuitismus, an spezifisch-ungarischem Liberalismus und an asiatischer gewalttätiger Niedertracht in eine Verordnung hineinzuzwängen möglich war, das haben beide fertig gebracht.“ — Offenlich erkennt die ungarische Arbeiterschaft auch aus diesem neuesten gegen sie gerichteten Angriff die bittere Notwendigkeit der eigenen straffen Organisation!

Vermischtes.

— Die Einsetzung einer Arbeiterkammer forderte ein Antrag unserer Genossen in der Hamburger Bürgerschaft. Schon im Jahre 1902 wurde von ihnen ein solcher Antrag eingebracht, fand aber nicht die genügende Unterstützung. Dem Antrage unserer Genossen gemäß sollen in der Kammer nur Arbeiter sitzen, die im Wege des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalwahlsystems gewählt werden sollen. Die kapitalistischen Organe weisen darauf hin, daß der Antrag in dieser Form nicht angenommen werden würde. — Das glauben wir gern. Die Vertreter des Hamburger Unternehmertums sind für ernsthafte soziale Reformen nicht zu haben, obgleich gerade durch die Errichtung solcher Arbeiterkammern viel zur Förderung eines einigermaßen erträglichen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern beigetragen werden könnte.

— Amtliches Lob des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens. Der Bürgermeister von Barel stellte in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen den Gewerkschaften folgendes Lob aus, als es sich um die Unterbringung der Obdachlosen handelte: „Die in der Gefellenherberge verkehrenden Fremden sind zum größten Teile so gestellt, daß sie auf die Unterstützung des Vereins gegen Bettel verzichten können. Das von den Gewerkschaften in dem letzten Jahrzehnt so intensiv ausgebaute Unterstützungswesen ermöglicht es dem organisierten Arbeiter immer mehr, auf das oft für ihn so verhängnisvolle „Fechten“ und die öffentliche Wohlthätigkeit der Kommunen zu verzichten. Schon das sollte jeden bisher noch nicht organisierten Arbeiter anspornen, sich zu organisieren, wenn ihn schon nicht das Gefühl der Solidarität dazu treibt.“ — Mögen nur die Arbeiter alle, welche bisher die nötige Einsicht nicht besaßen, hieraus ihre Folgerung ziehen und ihrer Organisation beitreten.

— Der Kampf ums Recht und die Freiheit kostete auch im Monat Oktober der organisierten Arbeiterschaft wieder schwere Opfer. Namentlich die gewerkschaftlich tätigen Genossen wurden von den Strafen betroffen. Das Gesamt-Strafregister verzeichnet ein Jahr drei Monate Zuchthaus, 15 Jahre und sechs Wochen Gefängnis und 745 M. Geldstrafen. Wie schon seit längerer Zeit, sind die Strafen am häufigsten und schärfsten,

wo die Arbeiter im Lohnkampfe mit der Auslegung oder Anwendung der Strafgesetze in Konflikt gekommen sind. Dieselben Handlungen, die, wenn sie von Studenten begangen sind, als Studentenuß bezeichnet und höchstens als grober Unfug bestraft werden, werden als Landfriedensbruch oder Aufruhr bezeichnet, wenn streikende oder ausgesperrte Arbeiter sie begehen. In Aschaffenburg, Güstrow und Geestemünde wurden Streikende resp. Aussperrte zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus und dreizehn Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Speziell bei den Verurteilungen in Güstrow und Geestemünde waren Aussperrte betroffen. Die Unternehmer hatten durch Aussperrungen den Streit begonnen. In dem Streit ließen die dem Hunger preisgegebenen Arbeiter sich zu Handlungen hinreißen, die nach der Auslegungspraxis unserer Gerichte als Aufruhr und Landfriedensbruch bezeichnet werden. So müssen denn 21 Arbeiter, deren Streben darauf gerichtet war, für das Gemeinwohl zu wirken, schwere Strafen erdulden, weil sie in dem Kampfe nicht daran dachten, welche Auslegung man den Strafgesetzen geben kann. Selbst zu der entehrenden Zuchthausstrafe wurde gegriffen. Die mildernden Umstände, bei deren Zubilligung auf Gefängnis hätte erkannt werden müssen, wurden von den bürgerlichen Geschworenen dem angeklagten Arbeiter versagt.

— Der hungrige Steuerfiskus. Ein in Berlin wohnender Tischler war für das jetzt fällige Quartal die Steuern im Betrage von 6 Mark schuldig geblieben. Als Arbeiter, der auf seine Ehre hält, hatte er sich dem Ausstande angeschlossen und verschmäht, eines der dem Staate „besonders nützlichen Elemente“ zu werden. Wenn auch Streikunterstützung gezahlt wird, so ist doch während des Ausstandes Schmalhans Rüchenmeister und ein einsichtiger Mensch wird es begreiflich finden, daß unter solchen Umständen diese und jene Verpflichtung nicht pünktlich erfüllt werden kann. So blieb unser Tischler, wie gesagt, die Steuern schuldig. In einer sozial denkenden Gemeinschaft wäre die Behörde am Ende dem Schuldner verpflichtet, der unter Opfern eine seiner schwersten und rühmlichsten Pflichten erfüllt, schon deshalb entgegenzukommen, weil an einer siegreichen Durchführung des Ausstandes nicht allein der ausständige Arbeiter, sondern auch der Staat interessiert sein muß. Denn eine Stärkung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters bedeutet auch eine Stärkung seiner Steuerkraft und kommt daher dem Staate zugute. Aber wir leben nicht in einem sozial denkenden Staats- und Gemeinwesen, sondern unter einer Gewalt, die es als ihre höchste Aufgabe ansieht, dem wirtschaftlich starken Unternehmer im Kampf gegen den wirtschaftlich schwachen Arbeiter alle nur möglichen Handlangerdienste zu leisten. Von diesem Grundsatze des Klassenstaates ließ sich auch die Steuerdeputation des Berliner Magistrats leiten, als sie dem — Deutschen Holzarbeiter-Verband in Stuttgart, dem der Steuerschuldner als Mitglied angehört, ein Zahlungsverbot zusandte. Zur Deckung der Steuerschuld sollen, wie es in dem amtlichen Schriftstück heißt, die Forderungen, welche dem Genannten als Streikunterstützung zustehen, gepfändet werden, und es erging daher an den Holzarbeiter-Verband das „Verbot“, den Betrag von 7,40 M. der im ganzen herausgerechnet ist, an den ausständigen Arbeiter auszusahlen. Der Holzarbeiter-Verband wird der Steuerdeputation natürlich etwas husten. Er ist für die Arbeiter da und nicht für den Fiskus und wird mit dem Geld schon um deswillen nicht herausrücken, weil von rechtlichen Forderungen eines Mitgliedes an seine Gewerkschaft niemals die Rede sein kann.

Schon früher, als der Staat die Arbeiterorganisationen dadurch schädigen wollte, daß er sie als „Versicherungsanstalten“ von sich abhängig zu machen suchte, wurde dafür gesorgt, daß der Fiskus sich auf alle Fälle den Mund wischen muß.

Versammlungsberichte etc.

g. **Charlottenburg.** Die Zahlstellenversammlung vom 12. November d. J. beschäftigte sich unter anderem auch mit den Angriffen der „Keramtischen Rundschau“ gegen den Verbandsvorstand und unser Verbandsorgan „Die Aneke“. Die Zahlstelle stellt sich mit ihrer Auffassung vollständig auf Seite des Vorstandes und des Verbandsorgans, betrachtet das Verhalten der „Rundschau“ als nichts anderes als ein Betteln um die Günst des Unternehmertums. Alle die vom kapitalistischen Standpunkte aus als rühmendwert erachteten „Tugenden des Streikbrechertums“ kommen in dem Verhalten der Rundschau in schönster Reinkultur zum Vorschein. Daran, daß die Rundschau und das Streikbrechertum einander wert sind, zweifelt die Zahlstelle nicht, hält es aber aus diesem Grunde im Interesse ihres Ansehens für notwendig, ihrer Auffassung auch öffentlich Ausdruck zu verleihen. Die Resolution der Zahlstelle Schwarzenbach wird einstimmig angenommen.

s. **Spandau.** Protokoll von der öffentlichen Porzellanarbeiterversammlung vom 30. Oktober 1904 bei Köpnick, Pichelsdorferstraße. Dieselbe wurde vom Einberufer um 8 1/2 Uhr eröffnet mit der Tagesordnung: Vortrag des Gen. Schneider „Was nützt uns die Organisation“. Anwesend waren 21 Personen, davon 17 Organisierte und 4 Unorganisierte. Der Referent erlebte sich seines Vortrags in 1 1/2 stündiger Rede, die darin gipfelte, sich nicht abhalten zu lassen von der Organisation. Die anwesenden 4 Unorganisierten ließen sich in den Verband aufnehmen und gelobten recht kräftig für denselben zu agitieren. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung um 5 1/2 Uhr mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Von **Posen** ging uns aus Mitgliederkreisen folgende poetische Leistung zu, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

Der Brand der Posener Steingutfabrik.

Es war um die Sonntagmittagzeit,
Den Augenblick kann ich nicht nennen,
Da fing in Wilda-Posen bei uns
Die Steingutfabrik an zu brennen.

Das war ein Feuer, das war ein Duale!
Für manchen war's eine Freude. —
Das Feuer war entstanden von selbst
Am Ofen im Hauptgebäude.

Der große Ofen war abgebrannt,
Dort brannten Pfeiler und Bogen,
Der Brenner hat wohl — so nehm ich an —
Zu früh den Schieber gezogen.

Als ich die ersten Flammen sah,
Da zuckte ich förmlich zusammen,
Denn durch die Türe der Malerei,
Züngelten schon die Flammen.

Da suchte ich eilend mein Schlüsselbund,
Ich suchte in allen Taschen.
Ich öffnete das Garderobenspind,
Um meine Sachen zu haschen.

Mein Schirm, der draußen am Spinde hing,
Den hatte ich leider vergessen,
Ihn hatten, als ich zur Bestimmung kam,
Schon längst die Flammen gefressen.

Ich sah von draußen das Feuermeer,
Mir war ganz schrecklich zu Mut;
Denn eine halbe Stunde lang
Erschallte ein kläglich Getöse.

Da kam auch endlich die Feuermehr
Mit Klingeln nach alten Gebräuchen,
Die ratterte über das Pflaster hin
Mit ihren Leitern und Schläuchen.

Und als man mit Böschchen beginnen wollt,
(So schreibt des Gedichtes Verfasser:
Es ist für „Posen“ nicht rühmendwert) —
Da mangelte es an Wasser.

Doch endlich, da kam auch der Wasserstrahl,
Das Publikum fing an zu lachen,
Es wurden die Nebengebäude besprüht,
Denn weiter war nichts mehr zu machen.

Herr Schäfer und ich im Zuschauerschwarm,
Wir wollten bei unsrer Betrachtung;
Herr Schutta, der stand auf dem Brennhausdach
Und schaffte mit Todesverachtung.

Die Flammen züngelten um das Dach.
Es qualmte, kaum zu glauben.
Es flatterten durch das Feuermeer
Des Maschinenmeisters Tauben.

Verschiedene kamen auch dabei um, Sie wurden ein Raub der Flammen, Die meisten jedoch, die flogen davon Und kamen wieder zusammen.

Es war fast zwei, da ging ich nach Haus, Im Magen lag mir der Schrecken. Und als ich mich hatte zu Tische gesetzt, Da wollt mir das Essen nicht schmecken.

Da hab' ich auf's Sopha mich hingestreck't Und suchte vergeblich den Schlummer, Ich sah noch die ersten Flammen vor mir, Das drückte wie Aerger und Kummer.

Am Abend erzählte Herr Schäfer mir, Es set noch mit furchtbarem Knallen, (Das hätte fast Menschenleben gekost't) Die Straßenfront eingefallen.

Es sind alle Nebengebäude verschont Von diesem Feuer geblieben. Zwar sauste der Wind energisch hinein, Doch hat er richtig getrieben.

Der Winter naht, die Luft weht kalt, Vorbei sind die Tage der Rosen. — Ich führe den Lesern hier vor den Brand Der Steingutfabrik in Posen.

Wohl dem, der jetzt gut versichert ist, Versichert zur eigenen Schöpfung, — Denn die beim Berliner Verbande sind, Die kriegen jetzt Unterstützung. —

Henry Watty.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre von Paul Kampffmeyer in der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der Verfasser hat seine früher erschienene Schrift: „Die Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie“ vollständig umgearbeitet und bedeutend erweitert. Er schildert in lebhafter Sprache die aufsteigende Kulturbewegung der Arbeiterklasse in folgenden Kapiteln: Die Erweckung des proletarischen Klassenbewusstseins — Die Organisation der proletarischen Klassenbewegung — Die Begründung des Sozialismus durch Marx — Die politische Schulung der Arbeitermassen — Die wissenschaftliche und künstlerische Erziehung des Proletariats — Die schöpferische soziale Tätigkeit deutscher Sozialdemokraten. — In den einleitenden Worten sagt der Verfasser: „Die Entwicklung des Arbeiters vom Junggesellen zum modernen sozialistischen Proletarier umfasst ein großes Stück gigantischer, in die Tiefe gehender Kulturarbeit. Passive Gesellschaftsklassen, willenlose Lastträger der Kultur, mußten erst zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und zur selbständigen Umgestaltung dieser Lage herangebildet werden.“ Diese Entwicklung schildert Kampffmeyer. Am Schlusse jedes Kapitels ist die einschlägige Literatur enthalten, so daß die Broschüre sehr wichtige Fingerzeige für die Bibliothekare unserer Arbeiter-Bibliothekellen und die Vorstandsmitglieder der Vereine bildet.

Adressen-Nachtrag.

Credlitz. Vors.: Ernst Engelhardt, Credlitz. Revf.: Alwin Engel, Grub a. Forst.

Stührevbach. Revf.: Otto Schneider, Former.

Zettow. Revf.: Max Merz, Dreher, Hohesteinstr. 10.

Sterbetitel.

Coburg. Aug. Getthardt, Maler, geb. 4. Juli 1864, gest. 24. Oktober 1904. Krankheitsdauer 3 Tage.

Düsseldorf. Wilh. Wiesner, Dreher, geb. am 19. Oktober 1869 in Hartau, Kreis Waldenburg in Schlessen, gest. am 27. Oktober 1904 in Düsseldorf an Lungenschwindsucht. Krank 11 Monate 27 Tage. Mitglied des Vetsilfsefonds.

Weihen. Max Bothe, geb. 15. März 1857 zu Tiefensurt (Schles.), gest. 7. November 1904 an Lungenschwindsucht. Krankheitsdauer 1 Jahr 7 Monate.

Waldenburg. Gustav Freitag, Formengießer, geb. 11. September 1874 zu Königszell, gest. 29. Oktober 1904 an Lungenschlag. Mitglied des Verbandes.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Witten. Sonnabend, 26. November, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Berlin-Neubitt. Montag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr bei Brüskhe, vormals Pfarr, Puttkitzstraße 10.

Berlin III (Schilbermalen). Die Verwaltungssitzung findet am Mittwoch, den 23. Nov. abds. 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird dringend ersucht.

Breslau. Sonntag, 20. November, vormittags 1/2 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vortrag. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Buckau. Sonnabend, 19. November, abends 6 Uhr bei J. Wephal. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Fürstenberg a. O. Sonnabend, 19. November, abends 8 Uhr bei B. Schlichter.

Gräfenheim. Sonntag, 27. November, nachmittags 8 Uhr im Schlehhaus. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Martinroda. Sonnabend, 19. November, abends 8 1/2 Uhr im „Thüringer Wald.“

Mitterteich. Freitag, 18. November, abends 8 Uhr im „Bay. Hof.“ Vortrag des Genossen Schmidt-Schlierbach über den Schlierbacher Streik und das Zusammenhalten einer streifen Organisation.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 19. November im Vereinslokal Wilhelm Herzog. Alle erscheinen.

Oberbödig. Sonntag, 20. November, nachmittags 4 Uhr im grünen Grunde. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Uhlstädt. Jeden Sonnabend Zahlabend im Vereinslokal.

Unterpörlitz. Sonntag, 18. November, nachmittags 2 1/2 Uhr im Stern. Der Abschluß wird un-miderrustlich an diesem Tage fertig gestellt.

Breslau. Am Sonnabend, den 26. November, feiert die Zahlstelle ihr

Stiftungs-Fest

unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Keramit“ im Restaurant „Verateller“, Dsmitzerstraße. **Gesang, humoristische Vorträge, Verlosung und Tanz.** Entree 60 Pf., Anfang 8 Uhr.

Die Zahlstellen

Cöln und Cöln-Chrenfeld

veranstalten am Sonntag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr im Saale zum goldenen Löwen, Cöln, Ehrenstr. 11 ein gemeinschaftliches

Herbst-Fest

bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert, komischen Aufführungen,** sowie nachfolgendem **Festball.** — Programm 40 Pfg. — Damen frei.

Alle unsere Freunde und Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. Zahlreichen Besuch erwarten **Die beiden Ortsverwaltungen.**

Eisenach. Zu dem am 26. November auf der Hänneshurg stattfindenden

Stiftungs-Fest,

bestehend aus **Konzert, Theateraufführung, Verlosung und Ball,** sind die benachbarten Zahlstellen hierdurch höflichst eingeladen.

Das Vergütungskomitee.

Oberkotau. Für das kranke Mitglied August Meinel gingen bei dem Unterzeichneten ein von Breslau 10 M. Den Gebern besten Dank.

Georg Weidhaas, Porzellanmaler. Oberkotau (Bayern).

Waldsassen. Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich von der Zahlstellenverwaltung vorher erst genauen Aufschluß über die hiesigen Verhältnisse geben lassen.

Die Verwaltung.

Guden (Distressand). Vor Arbeitannahme hier selbst wollen sich die Kollegen bei dem Genossen Karl Munt, Berlin, über die hiesigen Verhältnisse erkundigen.

Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gefl. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos aufgenommen werden. Offerten-Ortesen ist jedoch eine Freimarke zur Weiterbeförderung bei zu legen.)

Gewandter Formengießer

für Terrakotta, Majolika und Steingut sucht zum sofortigen Eintritt Stellung. Gefl. Offerten unter **B. A.** an die Ameise erbeten.

Ein flotter

Porzellanmaler,

in allen Dekorarbeiten bewandert, wünscht seine Stellung zu verändern. Auch eignet sich derselbe als Aufseher einer größeren Fabrik. Ebenso suche ich eine Stelle für meine Frau als **Bundrunderin.** Offert. unter **A. G.** an die Ameise erbeten.

Verheirateter

Maler

in **Emaille- und Farbschrift,** sowie **Schablonenschnitten** etc. tüchtig, sucht dauernde Stellung bis 1. März. Offert. unter **A. U. 1** an die Redaktion dieses Blattes erbeten.

Junger flotter

Formengießer

für **Geschirre und Figuren** (Porzellan oder Steingut), sucht sofort Stellung. Offerten unter **J. G.** an die Redaktion der Ameise erbeten.

Junger

Maler,

militärsfrei, sucht seine Stellung zu verändern. Selbiger ist durchaus tüchtig und erfahren in der **Schilderbranche,** sowie **Decor** und allen anderen Fächern der Malerei. Stellung möglichst dauernd. Geht auch ins Ausland. Offerten unter **A. P.** an die Redaktion der Ameise erbeten.

Alle Goldabfälle

werden angekauft und ausgeschmolzen. Höchste Preise, sowie reelle und schnelle Bedienung wird zugesichert.

Max König, Kahla (S.-A.).

Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei reeller Bedienung

Franz Karl,

Niederplanitz bei Zwickau i. S., Parkstr. 5 b.

Wörthstr. 3. **Ilmenau.** Wörthstr. 3.

Buchhandlung Karl Reiner

empfiehlt sich den geehrten Kollegen und Bibliothekern zur Deckung ihres gesamten Bücherbedarfs.

Jugendchriften und Bilderbücher in allen Preislagen.

So schnell  **Werd ich bei jedem sein,** der **GOLD** u. alle Abfälle  **schickt zu** **Hammelmüller** ein. **Reelle Bed.** **HH. Nieder-Planitz i. S. Zwickauer Str. 86.** **Preis!**

Goldschmiedere,

verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man vorlaufe Prospekt. Aeltestes Geschäft dieser Art.

 **Frei! Hol!** **Reelle schnelle Bed.** **Otto Seifert** Zwickau's Osterwollstrasse 18

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt **H. Haupt, Dresden-A.** Gneisenaustr. 6.

Herausgegeben vom Verbande der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Joh. Schneider, Charlottenburg, Poststraße 8. Druck u. Verlag: Dits Goerle, Charlottenburg, Markt, 63